



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 22. März 2013 (11.04)
(OR. en)**

**17485/12
ADD 1**

PV/CONS	67
SOC	993
SAN	323
CONSOM	156

ADDENDUM ZUM ENTWURF EINES PROTOKOLLS

Betr.: **3206. Tagung des RATES DER EUROPÄISCHEN UNION
(BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND
VERBRAUCHERSCHUTZ) vom 6./7. Dezember 2012 in Brüssel**

TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN¹

Seite

TAGESORDNUNGSPUNKTE (Dok. 16969/12 OJ/CONS 66 SOC 971 SAN 301 CONSOM 149)

Punkt 3	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Durchsetzung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen [erste Lesung]	3
Punkt 4	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2014-2020) [erste Lesung]	3
Punkt 5	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Programm der Europäischen Union für sozialen Wandel und soziale Innovation [erste Lesung]	4
Punkt 6	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung	4
Punkt 7	Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Bereitstellung von Hilfsangeboten für Opfer häuslicher Gewalt	4
Punkt 8	Steuerung der Strategie Europa 2020 und weiteres Vorgehen im Anschluss an die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates im Bereich Beschäftigung und Sozialpolitik	5
Punkt 9	Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen (2012): Das weitere Vorgehen	8
Punkt 10	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 1999/4/EG, 2000/36/EG, 2001/111/EG, 2001/113/EG und 2001/114/EG in Bezug auf die der Kommission zu übertragenden Befugnisse [erste Lesung]	8
Punkt 11	Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsbedrohungen [erste Lesung]	9
Punkt 12	Organspende und -transplantation	9
Punkt 13	Gesundes Altern	9

*
* *

¹ Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

3. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Durchsetzung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen [erste Lesung]

- Orientierungsaussprache
8040/2 SOC 224 MI 193 COMPET 168 CODEC 833 +
+ COR 1
16637/12 SOC 954 MI 767 COMPET 725 CODE 2769
- Fortschrittsbericht
8040/2 SOC 224 MI 193 COMPET 168 CODEC 833 +
+ COR 1
16540/1/12 SOC 947 MI 756 COMPET 713 CODEC 2749 REV 1
+ ADD 1 REV 1

Der Rat

- führte eine Orientierungsaussprache über die Artikel 9 und 12 des Vorschlags, auf der Grundlage eines Dokuments des Vorsitzes (Dok. 16637/12);
- nahm den in Dokument 16540/1/12 REV 1 + ADD 1 REV 1 enthaltenen Fortschrittsbericht zur Kenntnis.

4. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2014-2020) [erste Lesung]

- Fortschrittsbericht
15440/11 SOC 867 ECOFIN 678 FSTR 56 COMPET 440 CODEC 1672
16035/12 SOC 907 ECOFIN 929 FSTR 72 COMPET 678 AGRI 736 CODEC 2623

Der Rat nahm den in Dokument 16035/12 enthaltenen Fortschrittsbericht zur Kenntnis.

5. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Programm der Europäischen Union für sozialen Wandel und soziale Innovation [erste Lesung]

- Mündlicher Bericht des Vorsitzes über den Stand der Beratungen
15451/11 SOC 869 ECOFIN 679 COMPET 441 CADREFIN 98 CODEC 1673
+ REV 1 (pt)

Der Rat wurde vom Vorsitz unterrichtet, der betonte, dass sich die Verhandlungen mit dem Parlament bisher auf zwei der drei Unterprogramme des Kommissionsvorschlags konzentriert hätten: So sei eine vorläufige Einigung über das Unterprogramm Mikrofinanzierung und soziales Unternehmertum erreicht worden und die Beratungen über das Unterprogramm EURES seien eingeleitet worden. Außerdem hätte ein erster Gedankenaustausch über Fragen der Programmverwaltung stattgefunden.

Die Kommission betonte, dass es wichtig sei, übermäßigen Verwaltungsaufwand für das Programm zu vermeiden, und sagte ihre Unterstützung für die Verhandlungen zu.

6. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung

- Fortschrittsbericht
11531/08 SOC 411 JAI 368 MI 246
16063/12 SOC 912 JAI 791 MI 716 FREMP 135

Der Rat nahm den in Dokument 16063/12 enthaltenen Fortschrittsbericht zur Kenntnis und führte einen kurzen Gedankenaustausch.

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN – ÖFFENTLICHE AUSSPRACHEN

(gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates [Vorschlag des Vorsitzes für die Punkte 7 bis 9])

7. Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Bereitstellung von Hilfsangeboten für Opfer häuslicher Gewalt

- Adoption of Council conclusions
16382/12 SOC 939 JAI 807 FREMP 138 EDUC 351 COHOM 254

Der Rat nahm die in Dokument 16382/12 enthaltenen Schlussfolgerungen an.

Der endgültige Wortlaut der Schlussfolgerungen ist in Dokument 17444/12 wiedergegeben.

8. Steuerung der Strategie Europa 2020 und weiteres Vorgehen im Anschluss an die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates im Bereich Beschäftigung und Sozialpolitik

- Gedankenaustausch

16095/1/12 SOC 917 ECOFIN 932 EDUC 338 REV 1

Der Rat führte einen Gedankenaustausch (Dokument 16095/12) über die Steuerung der Strategie Europa 2020 und das weitere Vorgehen im Anschluss an die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates im Bereich Beschäftigung und Sozialpolitik.

Der Rat stimmte zu, die letztjährigen Prioritäten des Jahreswachstumsberichts beizubehalten, wobei jedoch noch eine eingehendere Prüfung durchzuführen sei. Die Delegationen hoben hervor, dass der Schwerpunkt auf der Umsetzung der Empfehlungen liegen müsse. Einige Delegationen merkten an, dass der soziale Schwerpunkt bei bestimmten Aspekten des Jahreswachstumsberichts weniger ausgeprägt sei (die Rolle des Sozialschutzes als automatischer Stabilisator werde nicht mehr anerkannt, die Rentensysteme würden nur im Hinblick auf ihre finanzielle Tragfähigkeit dargestellt und die Sozialschutzsysteme würden auf Sicherheitsnetze für die Ärmsten reduziert).

Angesichts dieser ersten Analyse erklärten die Minister, dass der Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) eine Botschaft an den Europäischen Rat senden sollte, dass soziale Ziele Teil einer zukünftigen stärkeren wirtschaftlichen Integration bleiben sollten (*sozialer Pfeiler für die WWU*) – die wichtigsten Ergebnisse der Beratungen des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) vom 6. Dezember 2012 sind in einem Schreiben des Vorsitzenden des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) (zyprischer Minister für Arbeit) vom 10. Dezember 2012 an den Rat (Allgemeine Angelegenheiten)/Europäischen Rat zusammengefasst.

Die maltesische und die französische Delegation gaben Erklärungen für das Ratsprotokoll ab (MT zu dem Anzeiger für Leistungen im Beschäftigungsbereich, FR zu ihren Vorschlägen, die wirtschaftspolitische Steuerung in Europa stärker auf die Tätigkeit von Frauen auszurichten), die nachstehend wiedergegeben sind.

(a) Jahreswachstumsbericht (2013), Gemeinsamer Beschäftigungsbericht und Warnmechanismus-Bericht

- Vorstellung durch die Kommission

16669/12 ECOFIN 984 SOC 959 COMPET 728 EDUC 358 ENV 885 RECH 433
ENER 493 FISC 180

+ ADD 1

+ ADD 2

16671/12 ECOFIN 985 UEM 322 SOC 960

Der Rat nahm die Informationen der Kommission (siehe Dok. 16669/12 + ADD1 + ADD2 und 16671/12) zur Kenntnis.

(b) Paket zur Jugendbeschäftigung

- Vorstellung durch die Kommission

Der Rat nahm die Informationen der Kommission zur Kenntnis.

(c) Anzeiger für die Leistungen im Beschäftigungsbereich und Leistungsvergleichswerte

- Billigung des Berichts des Beschäftigungsausschusses
16061/12 SOC 911 ECOFIN 930 EDUC 336

Der Rat billigte den in Dokument 16061/12 enthaltenen Bericht des Beschäftigungsausschusses.

Erklärung Maltas

"Malta ist der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten immer mit ihren Ausgangspositionen verglichen werden und ihre jeweiligen nationalen Gegebenheiten berücksichtigt werden sollten, da ihre Wirtschaftsdynamik sehr unterschiedlich ist.

Daher hält Malta den Vergleich mit den fünf leistungsstärksten Ländern für kontraproduktiv und ist der Meinung, dass jegliche Leistungsvergleiche anhand von in den jeweiligen nationalen Zielen beschriebenen Parametern durchgeführt werden sollte.

Ferner ist Malta der Ansicht, dass ein Leistungsvergleich zwischen den Mitgliedstaaten auf Grundlage der Ziele der Strategie Europa 2020 und nicht der fünf leistungsstärksten Länder erfolgen sollte.

In Anbetracht der vorstehenden Punkte möchte Malta bestimmte Zahlen bezüglich der Beschäftigung für Frauen und ältere Arbeitnehmer in Malta darlegen und hervorheben, dass die Hauptprobleme des Landes auf diesem Gebiet darin liegen, ältere Frauen, die noch nie gearbeitet haben, in den Arbeitsmarkt einzubinden. Obwohl Malta weiterhin aktiv die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt fördert, muss anerkannt werden, dass es erhebliche Schwierigkeiten gibt, ältere Frauen, die noch nie zuvor gearbeitet haben, einzubinden, vor allem aufgrund der kulturellen und historischen Traditionen bezüglich der Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt.

Außerdem sollte in Bezug auf Maltas Schulabbrecherquote, wie bereits in neueren Veröffentlichungen der Europäischen Kommission wie etwa dem Anzeiger für die allgemeine und berufliche Bildung 2012 geschehen, zur Kenntnis genommen werden, dass die maltesischen Daten zum Schulabbruch vom maltesischen Statistikamt und Eurostat überprüft werden. Die Überprüfung betrifft die Einstufung bestimmter Qualifikationen in der Sekundarstufe, wird für alle relevanten Jahre (2006-2011) durchgeführt und würde eine Reduzierung um etwa neun Prozentpunkte für die Schulabbrecherquote 2011 bedeuten."

Erklärung Frankreichs

Kann Europa auf 20 % seines Wachstums verzichten?

Vorschläge Frankreichs, die wirtschaftspolitische Steuerung in Europa stärker auf die Tätigkeit von Frauen auszurichten

"Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) schätzt, dass ein Viertel des seit 1995 in den EU-Mitgliedstaaten verzeichneten Wirtschaftswachstums durch die gestiegene Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt generiert worden ist. Eine Studie, die den Ministern für Gleichstellungsfragen der 27 Mitgliedstaaten während einer Tagung in Stockholm im Oktober 2009 vorgestellt wurde, hat gezeigt, dass die auf geschlechtsbedingte Ungleichheiten zurückzuführende Produktionslücke in der EU zwischen 15 % und 45 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) beträgt; diese Zahlen übersteigen bei weitem allen technologischen Fortschritt.

Nur 62,1 % der Frauen sind derzeit am europäischen Arbeitsmarkt beteiligt – das sind 13 % weniger als Männer. Dies bedeutet einen enormen Verlust an Wohlstand, da Frauen das Bildungssystem heutzutage mit einem höheren Abschluss verlassen als Männer. Die Länder mit Beschäftigungsquoten von 70 % oder höher (Schweden, Dänemark, die Niederlande) befinden sich hinsichtlich des Pro-Kopf-Vermögens alle auf den vordersten Plätzen.

Damit die europäische Wirtschaft in die Fußstapfen dieser Länder treten kann, sind wir der Meinung, dass besonders zwei Entwicklungen Priorität haben sollten.

➤ Ziele für die Aktivierung der Instrumente der neuen wirtschaftspolitischen Steuerung setzen

Frankreich schlägt seinen Partnern und der Europäischen Kommission die Komponenten eines Pfeilers "Gleichstellung" der neuen wirtschaftspolitischen Steuerung der EU vor, der auf vier Indikatoren basiert:

1. unterschiedliche Beschäftigungsquote von Männern und Frauen
2. Lohngefälle
3. Ungleichheit von Männern und Frauen hinsichtlich der Rente
4. Erfüllung der Ziele von Barcelona¹.

Die Überwachung dieser Indikatoren sollte Gegenstand einer Anlage zum Bericht über den Jahreswachstumsbericht sein.

Auf dieser Grundlage würden wir es begrüßen, wenn die Europäische Kommission diese Ziele in ihren Empfehlungen für die Mitgliedstaaten im Rahmen der länderspezifischen Empfehlungen berücksichtigen würde.

Gespräche mit den europäischen Sozialpartnern könnten im Rahmen des europäischen Dreiparteiendialogs stattfinden, der während des Europäischen Semesters geplant ist. Im Allgemeinen könnte die Rolle der Sozialpartner im Rahmen des Berichts zum Jahreswachstumsbericht gestärkt werden.

¹ Diese Ziele hatte der Europäische Rat auf seiner Tagung in Barcelona im März 2002 beschlossen; er rief die Mitgliedstaaten dazu auf, *"Hemmnisse [zu] beseitigen, die Frauen von einer Beteiligung am Erwerbsleben abhalten, und bestrebt [zu] sein, nach Maßgabe der Nachfrage nach Kinderbetreuungseinrichtungen und im Einklang mit den einzelstaatlichen Vorgaben für das Versorgungsangebot bis 2010 für mindestens 90 % der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schulpflichtalter und für mindestens 33 % der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen."*

➤ **Kompetenzen der Europäischen Union nutzen, um ein erneuertes Konzept der Lohngleichheit zu fördern**

Gemäß der Neufassung der Richtlinie 2006/54 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen kann eine ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen nur aufgrund der Art der beruflichen Tätigkeiten gerechtfertigt werden und wenn die ergriffenen Maßnahmen rechtmäßig und angemessen sind.

Um die Anwendung der neuen Richtlinie zu verfolgen, könnte die Europäische Kommission ersucht werden, gemeinsam mit den spezialisierten Gremien ein europäisches Instrument zur Bewertung von Situationsvergleichen zu erarbeiten, das die Ermittlung von Lohngefällen in Unternehmen und deren Ursachen ermöglicht."

9. Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen (2012): Das weitere Vorgehen

- Annahme der Erklärung des Rates
16592/12 SOC 948 SAN 289

Der Rat nahm die in Dokument 16592/12 enthaltene Erklärung an.

Der endgültige Wortlaut der Erklärung ist in Dokument 17468/12 wiedergegeben.

GESUNDHEIT

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

10. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 1999/4/EG, 2000/36/EG, 2001/111/EG, 2001/113/EG und 2001/114/EG in Bezug auf die der Kommission zu übertragenden Befugnisse [erste Lesung]

Interinstitutionelles Dossier: 2012/0075 (COD)

- Allgemeine Ausrichtung
16260/12 DENLEG 109 AGRI 759 SAN 279 CODEC 2680
+ COR 1
+ COR 2

Der Rat einigte sich einstimmig auf eine im oben genannten Dokument enthaltene allgemeine Ausrichtung.

Die Kommission stimmt den vom Rat vereinbarten Änderungen nicht zu.

11. Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsbedrohungen [erste Lesung]

Interinstitutionelles Dossier: 2011/0421(COD)

- Fortschrittsbericht

16570/12 SAN 288 PHARM 86 PROCIV 193 CODEC 2759

Der Rat erörterte den Fortschrittsbericht. Die Kommission bekräftigte ihre Vorbehalte gegen einige Punkte. Allgemeine Unterstützung fand die Arbeit des Vorsitzes zu Artikel 4 bezüglich der Bereitschafts- und Reaktionsplanung der Mitgliedstaaten als Hauptpunkt, der weiterer Klärung bedarf. Die polnische Delegation beantragte die Streichung von Artikel 5 über die gemeinsame Beschaffung.

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN – ÖFFENTLICHE AUSSPRACHEN

(gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates [Vorschlag des Vorsitzes] für die Punkte 12 und 13)

12. Organspende und -transplantation

- Annahme von Schlussfolgerungen des Rates
16666/12 SAN 291
+ COR 1

Der Rat nahm die in Dokument 16666/12 + COR 1 enthaltenen Schlussfolgerungen an. Der Wortlaut der Schlussfolgerungen wird im Amtsblatt der EU veröffentlicht.

13. Gesundes Altern

- Annahme von Schlussfolgerungen des Rates
16665/12 SAN 290

Der Rat nahm die in Dokument 16665/12 enthaltenen Schlussfolgerungen an. Viele Delegationen äußerten sich zu der Bedeutung einer neuen Alkoholstrategie der EU. Der Wortlaut der Schlussfolgerungen wird im Amtsblatt der EU veröffentlicht.

=====